

## Werkstattpapiere

Petra Wagner

### Zur Problematik der Psychologisierung von Ausländerfeindlichkeit\*

#### I

Öffentliche Verkehrsmittel in Berlin sind die Orte, wo türkische Berliner Kinder am dichtesten mit »deutscher Öffentlichkeit« zusammenkommen. Auf Fahrten mit der U-Bahn und Bussen kriegen sie geballt das zu hören, was viele Berliner über sie denken. Die Tatsache, daß es sich bei den Kindern um eine Kindergartengruppe von Vierjährigen handelt, wirkt gerade nicht beschwichtigend, sondern scheint besondere Hemmungslosigkeit der Äußerungen zu erlauben — schließlich ist von Kindern wenig Gegenprotest zu erwarten. Dabei gibt es viele Varianten, vom aggressivsten »Scheißausländer! Was wir mit den Juden gemacht haben, machen wir bald auch mit euch!« bis zum »weichen« Rassismus: »Was, der ist ein Türkenjunge? Hat helle Haare, blaue Augen und ist so ordentlich sauber!«

Es gibt Äußerungen, die unterstellen, Deutsche seien in der Evolution weiter als andere Völker: »Haben Sie das gesehen? Der eine Junge da hat den anderen *gebissen*! Das ist ja unglaublich! Jaja ..., das steckt halt noch in denen drin ...!« Und solche, die Existenz- und Verdrängungsängste offenbaren: »Stellt euch gefälligst hin in der U-Bahn! Wir bezahlen euch Kindergeld, ihr nehmt uns Arbeitsplätze und dann auch noch Sitzplätze weg! Steht schon auf, das wird ja immer schöner hier!« Die Äußerungen sind ausnahmslos überheblich, z.T. ist die Arroganz sehr deutlich: »Nehmt eure Dreckpfoten weg! Ich lasse meinen Hund nicht von Ausländern anfassen!« und z.T. ist sie nur am angewiderten Gesichtsausdruck der älteren Dame zu erkennen, die sagt: »Sind *nur* türkische Kinder, ist schwer, wa?« Enthalten ist in den Äußerungen oft der Versuch, augenzwinkernd eine Gemeinsamkeit mit mir als »deutscher« Erzieherin zu erheischen: »Ach, Sie können Türkisch!? (vertraulich) Ist aber nicht so gut, schließlich müssen die ja Deutsch lernen, nicht wahr! Sind ja hier schließlich in Deutschland, nicht wahr?« Häufiger aber — und dieser Zusammenhang ist m.E. wichtig — sind vorurteilsvolle und rassistische Äußerungen vermischt mit massiver Kinderfeindlichkeit und Gezeter über »antiautoritäre Erziehung«, vermittelt von »kommunistischen Kindertanten, die man alle aufhängen müßte.« Als Provokation für solche Ergüsse

\* Überarbeitete Klausur im Nebenfach Psychologie.

reicht es schon aus, einem Kind gleich welcher Nationalität geduldig seine Fragen zu beantworten oder das Tragen einer Anstecknadel, die die 35-Stunden-Woche fordert.

Parallel zu diesen Erfahrungen von Diskriminierung aus dem Alltag mit türkischen Kindern in Berlin ist schon längst aggressives ausländerfeindliches Handeln an der Tagesordnung: Brandanschläge auf Asylbewerberheime und Wohnhäuser, die von ausländischen Familien bewohnt werden, Zerstören türkischer Geschäfte, Mißhandlungen von Schulkindern sind besonders aufsehenerregende Vorfälle. Viele kleinere, alltägliche Grausamkeiten, Versagen von Hilfe, Gleichgültigkeiten dringen nicht an die Öffentlichkeit.

In Situationen wie den obengenannten sind viele Fragen offen: Wie wirkt solche Diskriminierung auf die Kinder? Was ist mit all denen, die sich die Beschimpfungen mit anhören und sich nicht äußern? Was hindert sie, uns beizustehen? Vor allem: Woher kommt diese Feindseligkeit?

## II

Über die Ursachen von Ausländerfeindlichkeit wird momentan viel geschrieben und gemutmaßt. Sehr häufig finden sich in den Veröffentlichungen Erklärungsansätze, die sich auf die Natur des Menschen, auf das »Allgemeinmenschliche« berufen. Zu denen, die dabei biologistisch-genetisch argumentieren, gehört R. *Italiaander*, der behauptet, »Anmaßungen und Unverträglichkeiten« lägen bei allen Völkern »in der Natur des Menschen« (1983, 46). Er spricht von Vorurteilen als »Erbkrankheit« (a.a.O., 40). Argumente für solche Behauptungen liefert der Lorenz-Schüler *Eibl-Eibesfeld*, der »Fremdenangst« überzeitlich, für alle Kulturen aus den Verhaltensstudien von Tieren und Kleinstkindern folgert (1983, 21f.). Eine besonders gefährliche Übertragung von Tierischem auf den Menschen liefert der Genetiker *Anders*, der Krebshäufigkeit beim Menschen mit »Völkermischung« erklärt, was er aus seinen Beobachtungen an Zierfischen schließt (1983, 66). Der Humangenetiker *Jörgensen* dagegen hält die »Mischung mit Gastarbeitern aus biologischer Sicht« für unbedenklich, zumal die ja weitgehend der »weißen Rasse« angehören. Mit dieser Einschränkung schließt er grundsätzliche Bedenken aus Gründen der »Rasse« nicht aus, wobei er selbst sagt: »Reine Rassen gibt es nicht und hat es nie gegeben« (1983, 243). »Mißtrauen gegenüber Fremden, Andersartigen und besonders Fremdrassigen« ist für ihn aber genetisch festgelegt, ein entwicklungsgeschichtlich bedingter »Rest einer ursprünglich ... vernünftigen Verhaltensweise«. *Jörgensen* spricht vom »Vorsichts- und Aggressionsverhalten« Fremden gegenüber, das angeboren sei wie das »freundlich-soziale Verhalten den eigenen Nächsten gegenüber« (a.a.O., 244).

Alle diese Autoren bleiben nicht nur die glaubwürdigen Beweise für ihre Behauptungen schuldig. Eine bereitwillige Verbreitung ihrer Ideen im ge-

genwärtigen politischen Klima sorgt dafür, daß sie Eingang finden in das Bewußtsein einer breiten Öffentlichkeit und ausländerfeindliche Äußerungen und Aktionen legitimieren (s. Kap. III).

Für M. *Mitscherlich* existieren »innerseelische und äußere Anlässe zu Haß« (1983, 33), die häufig nicht unterschieden werden könnten, weil die Ursprünge für spätere Haßentwicklungen oft aus der frühen Kindheit stammten. Psychische Abwehrmechanismen wie Verdrängung, Projektion, Verschiebung und Wendung gegen die eigene Person seien Strategien, die Haßentwicklungen einzudämmen. Letztere seien gefährlich insofern, als häufig gesellschaftliche Minderheiten ganz irrational als »Blitzableiter« benutzt würden. Die Abführung alter Ängste, Erniedrigungen und Affekte des Hasses und der Rache in Form von Haß auf Minderheiten diene einer Aufwertung des eigenen Selbstgefühls.

In der SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen wird eine »psychische Disposition zu Selbstwert- und Identitätsproblematik«, verbunden mit starken »Identitäts- und Geborgenheitswünschen« (1983, 99) bei den jugendlichen Interviewpartnern mit politisch rechtsextremer Einstellung beobachtet. Sozialisationsstörungen und traumatische Erlebnisse in der Kindheit seien Ursache für diese Dispositionen. H. *Friedrich* konzentriert sich in seinem Aufsatz über Vorurteile auf das Phänomen der sozialen Angst, die in einer »pluralistischen Gesellschaft, die ihren Fortschritt nicht mehr sieht« (1982, 19) als Folge von sozialer und ökonomischer Bedrohung entstehe. Es müßten aber »psychisch bedingte Bereitschaften« (a.a.O., 18) bestehen, die Ursachen für Angst nicht bei sich selbst oder in den gesellschaftlichen Zuständen zu suchen, sondern an einer abzulehnenden Gruppe festzumachen. Auf diese entlade sich dann die angestaute soziale Angst als Aggression in einem Vorgang von »Spannungsabfuhr«, den Friedrich »Ausagieren von Konflikten« nennt. Die Bewertung der tatsächlichen Bedrohung sei deformiert durch innere Zustände des Individuums wie Phantasien, Triebkonflikte und äußere Belastungsfaktoren.

Diese psychoanalytisch orientierten Erklärungsansätze kranken daran, daß sie nicht konsequent jene »äußeren Belastungsfaktoren« analysieren. Die Darstellung suggeriert so, es sei allein die psychische Gesundheit des Individuums eine Garantie für das Ausbleiben von Rassismus und Vorurteilen. Für jene, die »Pech haben« und an psychischen Störungen leiden, scheint Rassenhaß eine »Möglichkeit« zu sein, um Spannungen loszuwerden und ihr Selbstwertgefühl zu heben — eine akzeptable individuelle Lösung also für einen Ausgleich des »psychischen Haushaltes«?

Ein Bemühen, die Zusammenhänge von subjektiver und Sozialstruktur aufzudecken, zeigen Autoren mit sozialpsychologischem Ansatz. Meist beziehen sie sich auf die Studien zur autoritären Persönlichkeit der psychoanalytisch orientierten Schule von Horkheimer/Adorno. *Panahi* z.B.

lehnt den Aggressionstrieb als Mythos ab, teilt aber das Konzept von bestimmten psychischen Dispositionen, die den Charakter eines Menschen prägen. Dispositionen, die beispielsweise das »autoritäre Syndrom« ergeben, werden mit einer unvollständigen Integration des Über-Ichs mit dem Ich erklärt, für die wiederum »Ich-Schwäche« verantwortlich sein soll (1980, 19). Es wird jedoch nicht ausgewiesen, wodurch eine solche Ich-Schwäche entsteht. An anderer Stelle allerdings bezeichnet Panahi Vorurteile aller Art als »erworbene soziale Stereotypen« (1980, 186). Menschliche Aggressivität, so Panahi, sei nicht auf einen eigenständigen Destruktionstrieb zurückzuführen, »solange die erzieherischen und kulturellen Deformationen bei der Entstehung von Feindseligkeit und Destruktivität die größte Rolle spielen« (1980, 185f.). *Körner/Spies* beziehen sich auf Horn, der Ich-Schwäche damit erklärt, daß die technisierten und bürokratisierten Industriegesellschaften keine »erfahrende Aneignung« der Realität mehr ermöglichen, sondern diese nur noch »projizierend, tendenziell wahnhaft« beurteilt werden kann, wobei Realitätssplitter herausgegriffen und zur Erfüllung »infantil gebliebener Bedürfnisse« benutzt würden (1984, 272).

Es kennzeichnet diese Ansätze, daß sie das Zusammentreffen mehrerer Faktoren für die Entstehung von Vorurteilen, Ausländerfeindlichkeit und Rassenhaß verantwortlich machen. *U. Wagner* sieht soziale, ökonomische und politische Ursachen für Vorurteile, die er nicht weiter ausführt, und beschäftigt sich mit der Frage, wie unterschiedlich ethnische Vorurteile von verschiedenen Menschen aufgenommen werden. Es gebe dabei eher objektiv definierbare Erfahrungsgrundlagen mit Ausländern (schlechte Erfahrungen mit einzelnen Ausländern, negative Berichte über Ausländer) und eher psychische Mechanismen im Individuum, die bei der Ausbildung von Vorurteilen eine Rolle spielen (Interessenkonflikte, Aufwertung der eigenen sozialen Identität, kognitive Fähigkeiten). *Wagner* betont, daß diese unterschiedlichen Momente einander ergänzen. (1982, 14f.). *Castles* meint, daß Rassismus nur unter Berücksichtigung der drei verschiedenen Ebenen erklärbar sei: 1. Sozialisationsprozesse, die zur Bereitschaft zu Vorurteil und Diskriminierung führen; 2. Veränderungen der Wirtschafts- und Sozialstruktur, die bestimmte soziale Gruppen bedrohen und verunsichern und 3. die Situation gesellschaftlicher Minderheiten, die sich für die Rolle des Sündenbocks eignen (1983, 136). Zu kritisieren ist bei diesen Ansätzen, daß sie die Analyse eben dieser unterschiedlichen Faktoren und Ebenen aussparen. Dadurch erfahren diese keine Gewichtung, sondern bleiben unspezifisch und unverbindlich aneinandergereiht. Letzten Endes sind die Autoren wieder zurückgeworfen auf das Individuum, dessen psychische Disposition oder Deformiertheit über das »Durchschlagen« ausländerfeindlicher Haltungen entscheidet.

So vielfältig die Erklärungsansätze auch scheinen, sie lassen sich mehr

oder weniger alle unter ein Gedankenmodell subsumieren: der Mensch hat eine wie immer geartete Disposition (ererbte, in frühester Kindheit angeeignet) zu Angst und Aggression, welche beim Auftreten zusätzlicher Faktoren oder unter bestimmten Bedingungen als Aggression gegen Fremde bzw. Minderheiten zum Ausbruch kommt. Die auslösenden Faktoren sind unterschiedlichster Art: bei Jörgensen findet sich die äußerst gefährliche These, das Übersteigen der »Pferdungstoleranz« des Menschen in der industriellen Massengesellschaft durch ständig steigende Bevölkerungsdichte lasse die ohnehin ererbte Fremdenangst umschlagen in Aggression gegen Ausländer (1983, 247).

Bei *Italiaander* sind es Materialismus, Egoismus und »falsch definierter Liberalismus«, die Rassismus auslösen (1983, 40), bei *Mitscherlich* und *Körner/Spies* wirtschaftliche Krisen und Arbeitslosigkeit, die den Menschen ein Opfer für seine erlittene Ohnmacht der realen Lage gegenüber suchen lasse.

Darstellungen aber, die vom Menschen als einem Spielball seiner Gene, Triebe oder Umwelteinflüsse ausgehen, müssen zwangsläufig zum Ergebnis kommen, daß die Lage aussichtslos und der Mensch unheilvoll verstrickt sei. Nur individuelle Leistungen können es sein, die den einen oder anderen diese Handlungsunfähigkeit überwinden lassen (wozu in der Regel die selbstverständlich nicht ausländerfeindlichen Autoren selbst gehören). Mehr als müde Appelle, den Haß und die Beziehungslosigkeit zu überwinden, endlich zwischen innerem und äußerem Haß zu unterscheiden (Mitscherlich), an das aufgeklärte Weltbürgertum (*Italiaander*), individuelle partnerschaftliche Beziehungen zu pflegen, damit Nächstenliebe entsteht (Eibl-Eibesfeld), an eine bessere Aufklärung in den Schulen (Wagner, Panahi, Körner/Spies) können folglich zur Lösung des Problems nicht vorgebracht werden. Damit aber tragen die meisten der bisher genannten Autoren dazu bei, die Diskussion um Ausländerfeindlichkeit zu psychologisieren bzw. zu individualisieren: letztlich kommt es auf den einzelnen an, wie er mit Vorurteilen, Rassismus, Diskriminierung umgeht.

Leider haben diese zu kurz greifenden Ansätze schlimme Folgen: sie können sehr einfach zur *Rechtfertigung* von Ausländerfeindlichkeit erhalten, zur Rechtfertigung rassistischer Ausländerpolitik, die dann auch noch als »wissenschaftlich abgesichert« gilt.

### III

Schreibtischrassismus spiegele das wider, was auf der Straße los sei, sagt S. Castles (1983, 135), doch andersherum gilt auch, daß rassistische Wissenschaftler in ihren Positionen durch ein entsprechend konservatives politisches Klima ermutigt werden. Neuerdings ist diese Tendenz offensichtlich: es gibt eine unheilvolle gegenseitige Beeinflussung von Wissenschaft, Politik, Justiz, Medien und Alltagsbewußtsein, als deren Ergebnis unmenschli-

che Maßnahmen gegen Ausländer beschlossen, gerechtfertigt, gutgeheißen, hingenommen werden.

In den folgenden Beispielen, die diese gegenseitige Beeinflussung veranschaulichen sollen, geht es nicht darum, die einzelnen erwähnten Wissenschaftler als Individuen anzugreifen, sondern wie M. Billig sagt, in ihrer Rolle als »Repräsentanten von Denkrichtungen und intellektuellen Traditionen« (Billig 1980, 23). Für die Vertreter der in Kapitel II als biologisch-genetisch bezeichneten Erklärungsansätze gilt, daß sie sich in der Tradition einer »rassistischen Internationale« bewegen, die, wie Billig aufzeigt, außer in der Bundesrepublik auch in Frankreich, Großbritannien und den USA aktiv ist und vor allem Psychologen einschließt (Jensen, Eysenck), deren wissenschaftliches Bemühen einer Ideologie unterliegt, die im Namen von »objektiver Rassenwissenschaft« Rassismus lehrt. Billig zeigt auch, daß diese Wissenschaftler, die sich auf eine hundertjährige Tradition berufen und auf Vertreter wie Galton und Pearson, nie passiv waren, aber in den letzten Jahren verstärkt Begriffe aus der »Rassenlehre« in anthropologische und psychologische Diskussionen einbringen. Ihre Thesen, wie etwa die von genetisch bedingten Intelligenzunterschieden der Rassen, finden Verbreitung in Zeitschriften wie »Neue Anthropologie«, »The Mankind Quarterly«, »Nouvelle Ecole«; zunehmend wagen sie darin auch, sich auf Hans F.K. Günther, einen im Nationalsozialismus gefeierten »Rassenwissenschaftler«, zu berufen. Billig weist nach, daß »Rassenwissenschaftler«, die in diesen Zeitschriften veröffentlichen, zum Teil aktiv mitarbeiten in neofaschistischen Organisationen wie »National Front«, »Northern League«, »AKON e.V.«, NPD, »Deutsche Volksunion«, »GRECE«.

Folgende Beispiele sollen die Parallelität von sogenannten wissenschaftlichen Darstellungen, politischen Maßnahmen, Rechtsprechung und Alltagshandeln aufzeigen:

1. Eibl-Eibesfeld macht sich Gedanken über die ungleiche Geburtenrate von deutschen und ausländischen Familien und kommt zum Schluß, daß sich Migranten deshalb stärker vermehrten, weil sie sich als Minderheit in einem besonders harten Konkurrenzkampf mit dem »Wirtsvolk« befänden. Alleine der Begriff »Wirtsvolk« erzwingt die Assoziation, ausländische Arbeiter und ihre Familien seien Schmarotzer. Die CDU in Berlin läutete ihren Wahlkampf mit der Parole ein, daß »Ausländerpolitik soziale Verantwortung« sei in dem Sinne, daß die Zahl der Ausländer verringert werden müßte. Es wird also unterstellt, ein Politiker handele sozial verantwortungsvoll (dem »Wirtsvolk« gegenüber), wenn er dafür Sorge trage, daß die Ausländer verschwinden. Andersherum: deren Anwesenheit sei unverantwortlich, denn je mehr sie seien, um so mehr beanspruchten sie. Das Bild vom Parasiten ist wieder da. Es unterliegt auch der Äußerung der Kreuzbergerin, die angeblich das Kindergeld an die türkischen

Kinder bezahlt und der dafür auch noch Arbeits- und Sitzplatz genommen wird. Die Springerpresse rundet das Bild ab, indem immer wieder über Ausländer berichtet wird, die sich an »unseren Sozialleistungen« bereichern und es bis zum Millionär damit bringen.

Das Ausländergesetz bestimmt, eine Aufenthaltserlaubnis dürfe erteilt werden, sofern dadurch »die Belange der Bundesrepublik nicht beeinträchtigt« werden. Ausgewiesen wird der, der nicht mehr arbeitsfähig, zur Ausheilung seiner Tuberkuloseerkrankung eine Kur beantragt hat (Heldmann 1974, 18), der Sozialhilfe bezieht oder lieber gleich, wie Innenminister Zimmermann plant, wenn er längere Zeit arbeitslos ist. Die Suggestion »Ausländer nehmen uns etwas weg« wirkt beängstigend und läßt alle Maßnahmen richtig erscheinen, die Ansprüche oder Einflußnahme von Ausländern aus der Welt schaffen. So bewirkt z.B. die Forderung nach Wahlrecht für Ausländer geradezu hysterische Ablehnung, meist kategorisch und ohne Begründung.

2. Jörgensen beschreibt einen Zusammenhang von Bevölkerungsdichte und ausländerfeindlichen Aktivitäten. Ist die »Pferchungstoleranz« überschritten, so komme die Aggression des Menschen gegen Fremde zum Vorschein. Kanzler Kohl behauptet in seiner Regierungserklärung genauso unbewiesen, es gäbe in der BRD »zu viele« Ausländer. Im Bericht der Bund-Länder-Kommission »Ausländerpolitik« heißt es, die »Grenzen der Aufnahmefähigkeit« von Ausländern seien überschritten bzw. »die Aufnahmebereitschaft der deutschen Bevölkerung« nehme ab und deshalb müsse die Zahl der Ausländer begrenzt werden. Zuzugsbeschränkungen, »Rückkehrförderung«, striktere Ausweisungspraxis sollen die geeigneten Mittel dafür sein, um die ausländische Bevölkerung vor der Aggression der Deutschen zu schützen — eine schlimmere Verdrehung ausländerfeindlicher Politik läßt sich nicht denken. Als Folge tritt genau das ein, was Politiker als Ausgangspunkt angeben, nämlich massive Angriffe auf Ausländer: Vor Gericht werden Angriffe auf Ausländer, z.T. mit tödlichem Ausgang, von seiten der Angeklagten immer häufiger mit der Erklärung begründet, »es gebe zu viele davon«.

Eine Rentnerin wirft eine Handvoll Pfennigstücke auf eine türkische Familie in einem kleinen Park und schreit: »Nehmt das und verschwindet endlich, macht, daß ihr wegkommt von hier!« Eine Umfrage unter Schülern ergab, daß fast 40% der befragten Haupt- und Berufsschüler der Meinung waren, an den Schulen gäbe es »zu viele Ausländer« (Zimmer/Wulfheide u.a. 1984). Ein Polizist, der bei der Festnahme eines türkischen Mannes diesen im Beisein seiner Frau zu Tode gewürgt hat, soll gesagt haben: »Ich mag keine Türken.«

Die Grenzen der »wirtschaftlichen, sozialen und psychischen Belastbarkeit des deutschen Volkes durch Ausländer« sei überschritten, heißt es von seiten der CSU, und in diese Behauptung paßt die bestechend einfache

Rechnung: die 2 Millionen Arbeitslose minus die 2 Millionen Türken und Jugoslawen ergibt ... die Lösung aller Probleme. Innensenator Lummer arbeitet in Berlin fleißig an dieser Vorstellung und läßt sich von anderslautenden Prognosen nicht beirren: »Mehr Ausländer — mehr Arbeitslose.« Inzwischen ist es schon so weit, daß Ausländer erst dann eine Arbeit aufnehmen können, wenn sich garantiert kein Deutscher und kein EG-Angehöriger dafür findet.

3. Psychologisierende und individualisierende Erklärungen der Ausländerfeindlichkeit liefern Argumente für die Kategorisierung der Migranten in »integrationswillige«, die eingegliedert werden können, und »integrationsunwillige«, die hier keinen Platz haben. Sie sollen sich entscheiden, so Weizsäcker, ob sie hierbleiben und langfristig Deutsche werden wollen oder in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Es wird so getan, als könnten Migranten durch ein entsprechendes Verhalten, Auftreten usw. die gegen sie gerichtete Diskriminierung verhindern, z.B. dadurch, daß sie die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen und die ihrige abgeben (was die Ausländerbeauftragte in Berlin, Frau John, so gerne rät). Andersherum gesagt: Ausländer sind selbst schuld an der Ausländerfeindlichkeit, denn sie passen sich ja nicht an. In diese Darstellung paßt hinein, daß das besonders Fremde an den Ausländern als Hindernis einer Annäherung wiederholt beschrieben wird: deren Kultur, deren Aussehen, Kleidung, Traditionen, deren Essen und Religion — alles sei eben anders als bei uns. In der Art einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung führt dies genau dazu, daß Annäherung nicht stattfindet. Ethnische Vorurteile bestehen aus stereotypen, in negativer Weise vereinfachenden Urteilen über Gruppen (U. Wagner). Beschreibungen und Berichte über Ausländer, die ständig das Fremde, Exotische, Unverständliche an ihnen in den Vordergrund stellen, tragen bei zu stereotypen Bildern über sie und zu weiteren Vorurteilen. Es paßt dann einfach nicht in dieses stereotype Bild, daß der blonde, saubere Junge ein Türke sein soll!

Die Folge der aufgezeigten wechselseitigen Rechtfertigung von Ausländerfeindlichkeit in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen ist insgesamt ein Klima, in dem moralische Hemmungen gegenüber ausländerfeindlichen Äußerungen und Verhaltensweisen schwinden und zu weiteren rassistischen Maßnahmen ermutigt wird. Eine wichtige Rolle spielen dabei Gerichte, die durch aktuelle Urteile viel zu einer sich verbreitenden Enthemmung beitragen: wenn Verfassungsrichter das Beschmieren von Hauswänden mit »Türken raus«-Parolen nicht als Tatbestand der Volksverhetzung anerkennen, wenn Hetzschriften, wie die von Seeger »Ausländerintegration ist Völkermord«, per Gericht nicht auf den Index jugendgefährdender Schriften kommen, dann ermutigt das solche Aktivitäten — und bindet die Hände derjenigen, die gerichtlich gegen Beleidigungen und Verhetzung vorgehen möchten. Wagner untersucht in diesem Zusammen-

hang die Frage, unter welchen Bedingungen Vorurteile handlungsrelevant werden, d.h. wann sie zu diskriminierendem Verhalten werden. Er kommt dabei zum Schluß, diskriminierendes Verhalten sei dann zu erwarten, wenn die Gefahr äußerer Sanktionen minimiert sei und wenn eventuelle Widersprüche zu eigenen Wertvorstellungen ausgeschaltet werden können. Letzteres sei um so eher möglich, wie durch das Üblichwerden und Alltäglichwerden von Diskriminierung soziale Normen aufgeweicht werden, die Schlimmeres bisher noch verhindert haben. Geprägt ist o.g. Klima vom Bemühen, von gesellschaftlichen Mißständen abzulenken und deren Ursachen zu verschleiern. Ausländische Arbeiter werden dabei instrumentalisiert als Pseudoproblem: »Unser größtes Problem sind die Gastarbeiter«, welches gelöst werden soll durch eine Pseudolösung: »Das Verschwinden der Ausländer rettet unsere Ökonomie.«

#### IV

Was aber macht die Bevölkerung so ansprechbar für diese Pseudolösungen, wie können zutiefst inhumane Überlegungen derart gesellschaftsfähig werden? Nach *Tsiakalos* stellt »Ausländerfeindlichkeit« kein neues Problem dar, sondern basiert auf einer tief verwurzelten negativen und abschätzigen Haltung der Westeuropäer dem Anderssein »fremder« Völker gegenüber. *Tsiakalos* nennt diese Haltung Kulturrassismus und zeigt, daß schon in frühkindlicher Erziehung über Kinderlieder und Geschichten diese Haltung vermittelt wird, noch bevor die Kinder überhaupt Kontakt mit Menschen anderer Völker haben (1983, 98). Was die Ursache von Kulturrassismus ist, führt *Tsiakalos* nicht aus, und sein Ansatz rückt damit in die Nähe derjenigen, die von einer mehr als zweifelhaften »Mentalität« der Deutschen oder der Westeuropäer ausgehen, die unveränderlich und festgefügt erscheint.

*Klönne* hält solche Erklärungen wie »Kulturrassismus« etc. für einen Bestandteil bürgerlicher Ideologie, die materielle, ökonomische, soziale und politische Auseinandersetzungen, die ihrem Wesen nach Besitz- und Herrschaftskonflikte seien, verfälschend als Kämpfe unterschiedlicher Kulturen oder Nationalitäten darstellt (1983, 3). *Peter Schütt* führt aus, daß erst dann das Zusammentreffen verschiedener Völker und ihrer Lebensweisen zu rassistischen Konflikten führe, wenn sie sich mit Klassengegensätzen überschneiden (1981, 1). Darin liegt auch die einzige schlüssige Begründung für die Ursachen von Ausländerfeindlichkeit, die gleichzeitig das Problem der Behandlung von Ausländern in diesem Land als das darstellt, was es eigentlich ist: es ist nicht ein Problem, das man distanziert als das einer kleinen Gruppe dieser Gesellschaft ansehen kann, sondern es legt die grundsätzlich menschenfeindlichen Tendenzen in diesem System offen. Leider ist in den entsprechenden Veröffentlichungen von diesem Zusammenhang bisher selten die Rede, und vor allem Wissenschaftler müs-

sen sich vorwerfen lassen, daß sie zur o.g. Ideologie beitragen, indem sie sich um die Analyse der Rassismus verursachenden gesellschaftlichen Bedingungen drücken (sehr deutlich bei Friedrich, 1982).

In einigen, v.a. gewerkschaftsnahen Veröffentlichungen findet sich in- zwischen der Hinweis auf die Funktion von ausländischen Arbeitern als »industrielle Reservearmee«, wenn es darum geht, die extreme Ausbeutung und Reduzierung von Ausländern als Ware Arbeitskraft, die zu Profitzwecken benutzt und nach Gebrauch abgestoßen wird, zu verurteilen. Es wird aber kaum erklärt, was eine industrielle Reservearmee im kapitalistischen Wirtschaftssystem ausmacht, und so bleibt dieser Hinweis einer, der deutschen Arbeitern nicht nahe geht: er umschreibt ja die Situation von ausländischen Arbeitern und nicht die von einem selbst! Ein Nachgehen der Frage, was die industrielle Reservearmee ist, würde allerdings Einblick geben in ökonomische Mechanismen, denen alle, deutsche wie ausländische Arbeiter unterworfen sind.

Für Marx liegt das Vorhandensein einer »Surpluspopulation, die nicht arbeitet« (1974, 502) in der Bedingung der Aneignung fremder Surplusarbeit begründet. Das Aneignen von immer mehr geleisteter Mehrarbeit, die über die notwendige Arbeit zur Reproduktion der Arbeitskraft hinausgeht, ist aber gerade der Zweck der kapitalistischen Ökonomie. Um diesen Zweck zu erfüllen, ist eine ständige Weiterentwicklung der Produktivkräfte (Mechanisierung, Arbeitsteilung, Rationalisierung, Qualifizierung) notwendig, die es ermöglicht, immer weniger Arbeitsvermögen (Aufwand an Arbeitskraft) für das Erwirtschaften von immer mehr Mehrwert aufzuwenden. Daraus ergibt sich zwingend, daß ständig Arbeitsvermögen überflüssig wird, d.h. eine Surpluspopulation entsteht, auf die das Kapital zurückgreifen kann, wenn akkumuliertes Kapital zur erweiterten Aneignung von Mehrwert erneut in den Produktionsprozeß eingegeben werden soll.

Die Reservearmee umfaßt also alle, die momentan nicht arbeiten, deren Arbeitsvermögen aber vorhanden ist (Arbeitslose, Hausfrauen) und bedroht alle anderen, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben, also alle abhängig Beschäftigten. Prinzipiell hängt das Arbeiten des einzelnen im Kapitalismus davon ab, ob seine Mehrarbeit einen Wert für das Kapital hat. Ist dem nicht so, so kann er auch die für seine eigene Reproduktion notwendige Arbeit nicht verrichten und gehört damit zur Surpluspopulation. Diese ist aber auf Unterstützung der Gesellschaft angewiesen, wird »aus Gnade von anderen erhalten«, wie Marx sagt und ist potentiell der Verarmung preisgegeben, »wird Pauper oder Lump« (503).

Natürlich ist Verarmung heute etwas anderes als zu den Anfängen der industriellen kapitalistischen Produktion vor über hundert Jahren. Aber es gibt derzeit eine objektiv feststellbare relative Verarmung in der BRD (»Neue Armut«, »Armut in der BRD« sind Stichworte dazu), und die seit Jahren nicht arbeitende »Surplusbevölkerung« nimmt zu. Welche ökonomischen

mischen Prozesse die aktuelle Krise verursachen, sei hier nicht ausgeführt. Die sehr verkürzte und vereinfachte Darstellung der notwendigen Existenz einer Reservearmee unter kapitalistischen Produktionsbedingungen soll hier lediglich den Hintergrund abgeben für einige Thesen zum Wesen und zur Wirkung dieses ökonomischen Mechanismus auf die Menschen, die ihm unterliegen — seien sie nun Teil der Reservearmee oder (noch) nicht:

1. Im Verkauf seiner Ware Arbeitskraft ist jeder Konkurrent des anderen. Dieses aggressive Prinzip beherrscht über verschiedene Vermittlungen (vgl. Ottomeyer 1977, 80f.) auch das zwischenmenschliche Verhalten der Individuen: in jedem Lebensbereich kommt es darauf an, besser zu sein als der andere, worin die Schadenfreude über das »Ausstechen« des Konkurrenten schon angelegt ist. Dieses Verhalten ist nicht individuell bössartig, sondern funktional und rational im Sinne der eigenen Existenzhaltung. Mißtrauen gegenüber anderen und damit letzten Endes Isolation sind die Folgen.
2. Konkurrenz um etwas, was in der Wahrnehmung und auch objektiv »knapp« ist (Arbeit, Wohnung, Geld Sozialleistungen, Erfolg, Partner, Anerkennung, gute Noten usw.) erfüllt jeden mit Angst darüber, »zu kurz zu kommen«. Besonders in Zeiten der relativen Verarmung bestimmter Bevölkerungsschichten (Reallohneinbußen bei der Arbeiterschaft, Rentenkürzungen, Kürzung von Arbeitslosenhilfe) wird augenfällig, wie ungesichert das Netz sozialer Sicherung ist. So wird z.B. die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, konkreter und verstärkt das aggressive Konkurrenzverhalten gegenüber denjenigen, die in derselben Situation sind. Dieses paradoxe, letztendlich gegen die eigenen Interessen gerichtete Verhalten wird unterstützt durch Verschleierung der Ursachen dieser Krise durch Abwälzen der Schuld (und auch der Krisenfolgen) auf die Arbeitenden. Mangels besserer Erklärung der Situation wird dann einem Lambsdörff geglaubt, wenn er sagt, die »deutsche Arbeit ist zu teuer« oder wenn andere Politiker meinen, »Wir haben alle in den letzten Jahren über unsere Verhältnisse gelebt«. Eingängig ist auch die immer wiederkehrende Propaganda, die Gewerkschaften mit ihren »astronomischen« Lohnforderungen seien schuld an der Krise und zerstörten mit Streiks die mühsam genesende Ökonomie.
3. Konkurrenz als durchschlagendes Prinzip in zwischenmenschlichen Beziehungen hat ein »strukturelles Desintersse« (M. Gronemeyer 1978, 191) am anderen als Menschen zur Folge, da im Vordergrund der Beziehung immer eher die bedrohliche Rivalität, das Nützlichsein des anderen oder seine Funktion steht.
4. Die Zauberformel von der vertikalen Mobilität im Kapitalismus, um deretwillen man Konkurrenzkampf und entfremdete Arbeit durchsteht, trägt dazu bei, Ideologien wie die von der Eigenverantwortung des sozialen Aufstiegs (»Ohne Fleiß kein Preis«) und der individuellen

Schuld an Verelendung oder Abstieg zu festen Säulen des Alltagsbewußtseins zu machen.

Solche Ideologien verschleiern die tatsächlichen Ursache-Wirkung-Zusammenhänge von Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur. Dem Verstehen dieser Zusammenhänge steht zudem die täglich als undurchschaubar erfahrene Komplexität der extrem arbeitsteiligen und spezialisierten Strukturen der spätkapitalistischen Gesellschaft entgegen. Individualisierende und vereinfachende Ideologien greifen das angesichts dieser Komplexität aufkommende Gefühl von Verwirrung, Verunsicherung, Ohnmacht und Fremdbestimmtheit auf. Die SINUS-Studie zu rechtsextremistischen Einstellungen unter Deutschen ermittelte für 68% aller Deutschen Zustimmung zu der Äußerung, »heute ändert sich alles so schnell, daß man oft nicht weiß, woran man sich halten soll«, und etwa gleichviele waren der Meinung, »ob ich mich zur Politik äußere oder nicht, ändert doch nicht viel an den Tatsachen« (1983, 106).

5. Umfassende Entfremdung in allen Bereichen des Alltags, die parzelliert erlebt werden, führt zu Isolation, zu Verunsicherung in dem Sinne, daß man »nicht mehr weiß, wohin man gehört« (H. Berger 1984, 22f.). Dies macht anfällig für Beschwörungen von Gemeinschaften, die in Wirklichkeit nicht vorhanden sind, denn sie gaukeln Gemeinsamkeiten vor, die nicht existieren oder im Alltag belanglos sind (nationale Gemeinschaft, Volksgemeinschaft). Soiche Beschwörungen dienen der Harmonisierung bestehender Klassengegensätze im Inneren durch Abgrenzung nach außen; vom eigentlichen Unbehagen wird abgelenkt, und als Mitglied einer dieser Gemeinschaften erfährt man eine Selbstaufwertung (vgl. SINUS: 73% der Deutschen finden, daß »die Deutschen eine Reihe von guten Eigenschaften haben, die andere Völker nicht haben«, 106).

Die Thesen sollen verdeutlichen, daß Feindseligkeit gegen andere und Drängen auf deren Anpassung den Verkehrsformen und Bewußtseinsstrukturen entspricht, die grundsätzlich das Verhältnis zwischen Menschen unter kapitalistischen Produktionsbedingungen prägen. Insofern ist Feindlichkeit gegen Ausländer nichts substantiell Neues und läßt sich durch Appelle an die Moral des einzelnen nicht aus der Welt schaffen. Ausländerfeindlichkeit ist m.E. eine Form von Abwehr gegen die Einsicht in das, was an der Situation ausländischer Arbeiter/innen in besonderem Maße deutlich wird: welchen unmenschlichen Mechanismen wir in diesem System unterliegen: Die Widerstände gegen diese Erkenntnis (die ja Konsequenzen hätte!) entstehen nicht primär beim einzelnen, sondern sie werden gesellschaftlich organisiert von seiten derer, die ein großes Interesse haben an der Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Status quo.

Indem man Ausländer, die mit zu den Opfern des Systems gehören, zu

Schuldigen an der Misere des Systems stempelt, verdreht man nicht nur ihre Situation, sondern verschleiert auch bestehende Gemeinsamkeiten: daß nämlich ausländische Arbeiter und ihre Familien nur verschärfteren Ausbeutungsstrategien unterliegen als deutsche. Auch zum Teil gutmeinende Analysen der Lebenssituation ausländischer Familien verdecken in der Konzentration auf die spezifische Benachteiligung der Ausländer den Blick auf die gemeinsame Betroffenheit: da wird beklagt, daß die Schulen der Situation ausländischer Kinder nicht gerecht werden, psychologische Eignungstests in bezug auf ausländische Kinder außerordentlich fragwürdig und die Zugangsbestimmungen für ausländische Studenten zu den Hochschulen stark erschwert und selektiv sind. Genauso richtig wird dargestellt, daß Ausländer auch nach langen Jahren des Aufenthalts hier kein Wahlrecht haben, entmündigt seien, weil sie an den gesellschaftlichen Entscheidungen nicht teilhaben. Vor allem: daß ausländische Arbeiter/innen wie Ware behandelt werden, Opfer von Profitinteressen sind, indem ihre Arbeitskraft ausgebeutet wird und sie nach »Gebrauch« durchs Kapital abgeschoben, ausgewiesen werden. Alle diese Benachteiligungen werden zu Recht angeprangert, doch meist reicht die Empörung darüber nicht aus, den konsequenten nächsten Schritt zu tun: nämlich den, die strukturelle Benachteiligung bestimmter Schichten dieser Gesellschaft — ganz unabhängig von ihrer Nationalität — aufzuweisen, die an der »Ausländerfrage« nur im besonderen Maße deutlich wird. Indirekt tragen solche auf Ausländer eingegrenzte Analysen dazu bei, aus einem »Klassenproblem« ein Rassenproblem« (Schütt 1981, 140) zu machen. Der Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit darf sich nicht im Anprangern der Diskriminierung von Ausländern und der spezifischen Unmenschlichkeit ihrer Beschäftigung erschöpfen. Er muß es sich zur Aufgabe machen, über die Analyse der spezifischen Unterdrückung von Ausländern die allgemeinen Unterdrückungsmechanismen des kapitalistischen Systems und seine umfassenden Folgen zu verdeutlichen. Nur so kann das Gemeinsame erkannt werden an der Ausbeutung von In- und Ausländern, in deren gemeinsamer Bekämpfung sich Ausländerfeindlichkeit auflöst.

### *Literaturverzeichnis*

- Berger, Hartwig, 1984: Kulturelle Identität im Wohnviertel. Info Nr. 9/84 des Instituts für interkulturelle Erziehung und Bildung. FU Berlin/W.  
 Billig, Michael, 1981: Die rassistische Internationale. Frankfurt/M.  
 Castles, Stephen, 1983: Wie begegnen wir dem neuen Rassismus? In: Italiaander, Rolf (Hrsg.): »Fremde raus?« Fremdenangst und Ausländerfeindlichkeit. Frankfurt/M.

- Cruz, Enrique Blanco, 1984: Ausländerfeindlichkeit — eine Antwort auf die Krise des Kapitalismus in Westdeutschland? M 63 aus der Reihe: Materialien des AG SPAK. München
- Eibl-Eibesfeld, Irenäus, 1983: Kommunikationsstörungen in der Großgesellschaft. In: Italiaander, R. (Hrsg.): »Fremde raus?« Fremdenangst und Ausländerfeindlichkeit. Frankfurt/M.
- Friedrich, Hannes, 1982: Soziale Angst, Minderheiten und Vorurteile — Das Problem »Gastarbeiter«. In: Psychosozial 16: In deutscher Fremde. Hamburg
- Gronemeyer, Marianne, 1978: Denn sie wissen nicht, was sie wollen. In: Barre/Herkele/Popplow: Nachbarschaft im Neubaublock
- Heldmann, Hans Heinz, 1974: Ausländerrecht. Darmstadt und Neuwied
- Italiaander, Rolf (Hrsg.), 1983: »Fremde raus?« Fremdenangst und Ausländerfeindlichkeit. Frankfurt/M.
- Jörgensen, Gerhard, 1983: Die Fremden und die Überbevölkerung der Erde. in: Italiaander, R., a.a.O.
- Klönne, A., 1983: Historische und aktuelle Bedeutung der Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik. In: Dokumentation des Kongresses »Wissenschaftler gegen Ausländerfeindlichkeit«. Hrsg. v. Bund demokratischer Wissenschaftler Marburg
- Körner, R., und U. Spies, 1984: Zur Kontinuität von Vorurteilen. In: Berufsausbildung ausländischer Jugendlicher in Berlin. Hrsg. v. Senator für Arbeit und Betriebe. Berlin/W.
- Marx, Karl, 1974: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Berlin/DDR
- Meinhardt, Rolf (Hrsg.), 1984: Türken raus? oder Verteidigt den sozialen Frieden. Hamburg
- Mitscherlich, M., 1983: Müssen wir hassen? in: Italiaander, R., a.a.O.
- Ottomeyer, K., 1977: Ökonomische Zwänge und menschliche Beziehungen. Hamburg
- Panahi, Badi, 1980: Vorurteile. Frankfurt/M.
- Schütt, Peter, 1981: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan. Dortmund
- SINUS-Studie, 1983: 5 Millionen Deutsche: Wir sollten wieder einen Führer haben. Hamburg
- Tsiakalos, G., 1983: Ausländerfeindlichkeit. München
- Wagner, Ulrich, 1983: Eine sozialpsychologische Analyse ethnischer Vorurteile. In: Migration Heft 4. Berlin/W.
- Zimmer/Wulfheide/Sanders/Fidorra/Beigel, 1984: Neofaschismus und Schülerbewußtsein. Ergebnisse einer Befragung von Haupt- und Berufsschülern. In: Demokratische Erziehung, H.11, Köln